

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Transparenz im Bewerbungsverfahren zu Olympischen und Paralympischen Spielen sicherstellen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Bewerbung für und die Ausrichtung von Olympischen und Paralympischen Spielen in Berlin ist mit erheblichen Kosten und finanziellen Risiken verbunden. Umso wichtiger sind Transparenz und eine Beteiligung der hiesigen Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund sind folgende Punkte umzusetzen:

1. Der Senat schafft Transparenz hinsichtlich des Bewerbungsverfahrens für Olympische und Paralympische Spiele. Sämtliche vorhandenen Unterlagen zu Kosten, Konzepten, Risiken, Sportstätten und Verkehr werden dem Abgeordnetenhaus unverzüglich zur Verfügung gestellt.
2. Der Senat legt dem Abgeordnetenhaus ab sofort quartalsweise und unaufgefordert schriftliche Berichte zu allen relevanten Aspekten der Bewerbung vor, einschließlich Kostenentwicklung, Zeitplan, Abstimmungen mit DOSB/IOC sowie Fortschritten und Defiziten bei Sportstätten. Im Bericht wird auch der aktuelle Zustand, der notwendige Sanierungsbedarf sowie die geplante Neubauten der Sportstätten übersichtlich dargestellt.
3. Der Senat wird aufgefordert, eine verbindliche, frühzeitige und niedrigschwellige Bürgerbeteiligung für die Berliner Bevölkerung zu entwickeln, die über reine Informationsangebote hinausgeht und echte Mitbestimmung ermöglicht.
4. Der Senat wird aufgefordert, vor weiteren finanziellen Verpflichtungen gegenüber DOSB oder IOC eine aktualisierte, öffentlich zugängliche Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen, die:
 - a) den bestehenden Sanierungsstau im Berliner Sport realistisch berücksichtigt,
 - b) Auswirkungen auf die Haushalts- und Finanzplanung des Landes darstellt,

- c) ökologische und soziale Risiken systematisch erfasst,
 - d) die verkehrliche Machbarkeit prüfbar bewertet.
5. Bis zur Vorlage dieser Informationen und regelmäßigen Updates soll der Senat keine weiteren finanziellen Mittel für das Bewerbungsverfahren bereitstellen oder vertragliche Bindungen eingehen.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 31. März 2026 und danach regelmäßig alle zwei Monate zu berichten.

Begründung

Berlin steht vor finanziellen und infrastrukturellen Herausforderungen, die den Handlungsspielraum der Stadt erheblich einschränken. Während der Sanierungsstau im Bereich der Sportstätten rund eine Milliarde Euro umfasst und zahlreiche Hallen sowie Bäder geschlossen sind, plant der Senat, mindestens sechs Millionen Euro allein in die Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele zu investieren. Diese Mittel fehlen unmittelbar im Breitensport, der zentrale soziale, gesundheitliche und integrative Funktionen erfüllt.

Die Risiken einer Bewerbung sind erheblich: fehlende Finanzierungspläne, unklare Konzepte zur Sportstättennutzung, ein überlastetes Verkehrssystem und ein nicht realisierbarer Zeitplan für das geplante Olympische und Paralympische Dorf. Gleichzeitig legt die Wissenschaft nahe, dass Olympische und Paralympische Spiele keine langfristig positiven finanziellen Effekte für Austragungsorte haben. Im Gegenteil: Erfahrungen aus London, Rio de Janeiro oder Paris zeigen drastische Kostensteigerungen, enormen öffentlichen Finanzierungsbedarf und nur kurzfristige ökonomische Effekte.

Von zentraler Bedeutung ist die mangelnde Transparenz des Verfahrens. Weder sind die Kriterien des DOSB klar nachvollziehbar, noch liegt ein fortlaufendes Monitoring der wesentlichen Voraussetzungen – insbesondere der Sportstätten – vor. Genau das ist jedoch nötig, um politische Entscheidungen verantwortungsvoll treffen zu können und um zu verhindern, dass Gelder aus dem regulären Sporthaushalt in ein Prestigeprojekt umgelenkt werden. Ein systematisches, regelmäßiges Sportstättenmonitoring schafft Klarheit darüber, welche Anlagen ertüchtigt werden müssen, welche realistisch verfügbar sind und welche zusätzlichen Kosten entstehen würden.

Auch demokratisch betrachtet ist das Vorgehen des Senats problematisch: Während andere Städte ihre Bevölkerung aktiv einbeziehen, fehlt in Berlin jede Form der verbindlichen Beteiligung. Das ist umso kritischer, als die Unterstützung in der Berliner Bevölkerung gering ist und das IOC den Rückhalt der Austragungsorte ausdrücklich als Auswahlkriterium nennt.

Vor diesem Hintergrund ist eine Olympia-Bewerbung aus sozialer, ökologischer und finanzieller Sicht nicht verantwortbar. Berlin braucht jetzt planbare Investitionen in eine funktionierende Sportinfrastruktur, in barrierefreie Angebote für alle und in eine nachhaltige Mobilität – nicht die Verlagerung knapper Ressourcen in ein hochriskantes Großprojekt. Die geforderte Transparenz und regelmäßige Berichtspflicht sind deshalb unverzichtbar, um Schaden vom Berliner Sport und Haushalt abzuwenden.

Berlin, den 06. Januar 2026

Jarasch Graf Schedlich
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen